

Geisenheimer Zeitung

Anzeigebblatt der Stadt Geisenheim.

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Samstag.
Bezugspreis: 2.50 Mark monatlich frei ins Haus oder durch die Post
in der Geschäftsstelle abgeholt 2.50 M.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Arthur Zander, Geisenheim.



General-Anzeiger für den Rheingau.

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltenen Beitzelle oder deren Raum für Geisenheim
35 &, auswärtiger Preis 40 &. Reklamezeile 100 &. Bei mehrmaliger Aufnahme
Rabatt nach Tarif. — Nr. 2789a der Reichspost-Zeitungsliste.

Fernsprechanruf Nr. 123 Amt Nüdesheim am Rhein.

Nummer 140.

Dienstag den 30. November 1920.

20. Jahrgang.

Kinder in Not!

Der Werberuf der „Deutschen Kinderhilfe“.

Am Sonntag, den 28. Novbr., hat die „Deutsche Kinderhilfe“ ihre große Sammelaktion in Deutschland begonnen. In allen größeren Orten haben Volksversammlungen stattgefunden, in denen hervorragende Mediziner, Vertreter aller Parteien und führende Männer und Frauen der Wohltätigkeitsbewegung auf die Notlage der deutschen Kinder hinwiesen.

Das Elend der bedürftigen Kinder ist überaus groß. Schon mehrfach ist auf die verheerenden Folgen der jahrelangen Unterernährung, auf die in erschreckendem Umfang zunehmenden Krankheiten, insbesondere auf das weitere Umsichgreifen der Tuberkulose und auf die große Kindersterblichkeit hingewiesen worden. Allein in Preußen sind im Jahre 1918 nahezu 63 000 Kinder an Krankheiten der Atmungs- und Verdauungsorgane verstorben. Eine um das vielfach größere Zahl geht wegen jahrelanger Unterernährung demselben furchtbaren Schicksal entgegen, wenn nicht ein jeder von uns sein Möglichstes tut, um das Kinderelend zu lindern.

Wir sind der festen Hoffnung, daß jedermann in den kommenden Tagen sein Scherlein für die Kinderhilfe beisteuert.

Die Zukunft des deutschen Volkes steht auf dem Spiel.

Die Not unserer Kinder schreit zum Himmel. Wer wollte da hartherzig beiseite stehen und dem edlen Hilfswerk seine Spende verweigern? Wollt ihr die armen Kinder weiter hungern und darben lassen? Nein und no, mals nein, ein jeder von uns wird es heute als seine erste und vornehmste Aufgabe halten, nach Kräften zur Vinderung dieser entsetzlichen Not beizutragen.

Wir wollen uns durch das Ausland, das seit geraumer Zeit mit dankbar empfundenen Hilfsbereitschaft deutsche Kinder speist und versorgt, nicht in den Schatten stellen lassen. Die Mithätigkeit des Auslandes, insbesondere der neutralen Länder, kann selbstverständlich nur einem geringen Teil der deutschen Kinder zugute kommen. Die Hauptarbeit müssen wir leisten. Je mehr wir selbst den armen Kindern helfen, desto eher wird uns das Ausland auch fernerhin hilfreich zur Seite stehen, mit uns so herzlicher Freude können wir dann auch die fremde Wohltätigkeit annehmen.

Ihr alle, denen die entsetzliche Not erspart geblieben ist, folgt alle vollzählig dem Werberuf der „Deutschen Kinderhilfe“ und tragt mit möglichst reichen Gaben zur Vinderung der Kindernot bei!

Das Hilfswerk im Ausland.

„New York Herald“ meldet über den Hilfsrat, der in New York gebildet wird, um den Kindern Mittel- und Osteuropas zu helfen, daß 33 Millionen Dollar vorgesehen sind, um dreieinhalb Millionen Kindern, die krank oder der Nahrung beraubt sind, zu helfen.

Aus Rom wird gemeldet: Ein Teil der vom deutsch-schweizerischen Komitee versorgten deutschen Kinder soll künftig in Italien untergebracht werden; ein italienischer Arbeitsausschuß hat sich bereits gebildet. Der Papst hat dafür 200 000 Lire gespendet. — In Dänemark haben sich die Hilfskomitees zur Unterstützung der Kinder der ehemals kriegsführenden Länder mit Genehmigung und Unterstützung der dänischen Regierung und des Reichstages zu einem gemeinsamen Ausschuß zusammengeschlossen. Hauptaufgabe der neuen Organisation ist, die Hilfeleistung für die Notleidenden so wirksam und zweckmäßig wie möglich zu gestalten. Das Komitee fordert die gesamte dänische Bevölkerung erneut auf, die Hilfsarbeit für die notleidenden fremden Kinder durch Aufnahme solcher Kinder und durch Geldmittel zu unterstützen.

Deutscher Reichstag.

— Berlin, 26. November 1920.

Die Interpellation über den Berliner Elektrizitätsstreik.

Nach Erledigung einer kleinen Zahl unbedeutender Anfragen befaßt sich das Haus mit der deutsch-nationalen Interpellation über den Streik der Berliner Elektrizitätsarbeiter. Die Deutschnationalen fordern von der Regierung eine Verhinderung ähnlicher künftiger Streiks und die Aufrechterhaltung der Staatsautorität, sowie eine Ausgestaltung der Technischen Nothilfe und die Ersetzung der Verordnung des Reichspräsidenten gegen wilde Streiks durch ein Gesetz. Verbunden mit der Ausfrage wird ein sozialdemokratischer Antrag, der die Verordnung des Reichspräsidenten billigt, aber ihre Aufhebung verlangt, da die Ordnung wieder hergestellt ist. Die Unabhängigen verlangen bedingungslose Aufhebung der Verordnung. Die Regierungsparteien wollen die Aufhebung erst erlassen, wenn das angekündigte Schlichtungsgesetz erlassen ist.

Der deutsch-nationale Abgeordnete für Berlin, Berndt, begründet die Interpellation und richtet scharfe Angriffe gegen die Regierung, weil sie nicht mit der nötigen Entschiedenheit dem wilden Streik entgegen-

getreten sei. 1800, undisziplinierter und verheerender Arbeiter haben in fribolter Weise aus Nachlässigkeit und Eigennutz das ganze Wirtschaftsleben lahmgelegt und Leben und Gesundheit der Bevölkerung aufs Schwerste gefährdet. Die Regierung müsse in zukünftigen Fällen die Technische Nothilfe sofort aufrufen.

Reichsminister Koch verliest eine schriftliche Antwort der Regierung, in der es u. a. heißt, daß der Reichspräsident bei dem föderalistischen Charakter des Reichs keine Mittel zum Einschreiten zur Verfügung hat, es sei denn, daß der Reichspräsident auf Grund des Art. 48 der Verfassung eine Ausnahmeverordnung erläßt. Als die Mittel der Landesregierung nicht ausreichen, dem Streik Einhalt zu gebieten, habe sich die Regierung diese Machtvollkommenheiten geben lassen. Daraufhin hat der Streik ein rasches Ende genommen. Ein Schlichtungsgesetz, das die Streitigkeiten in lebenswichtigen Betrieben besonders behandeln soll, ist der Einbringung nahe. Sobald dieses vorliegt, wird die Verordnung des Reichspräsidenten durch ein Gesetz ersetzt werden. Die Reichsregierung ist fest entschlossen, allen Versuchen einer Vergewaltigung des Volkes durch eine Gruppe politischer Unruhestifter mit aller Kraft entgegenzutreten. (Beifall.)

Bei der anschließenden Besprechung der Interpellation forderte der Mehrheitssozialist Hartheim (Soz.) die Aufhebung der Verordnung der Regierung, während die Abgg. Fleischer (Ztr.), Schirmer (Bsp.) und Jäger (Dem.) den Standpunkt der Regierung in vollem Umfange billigen. Hierauf wird die Aussprache abgebrochen und auf Sonnabend 11 Uhr vertagt.

— Berlin, 27. November.

Die Besprechung der Streikinterpellation.

Der Reichstag setzte am Sonnabend die Aussprache über die deutsch-nationale Interpellation wegen des Berliner Elektrizitätsstreiks und die damit verbundenen Anträge auf Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten gegen die wilden Streiks fort.

Der Redner der Deutschen Volkspartei Abg. Albrecht bemängelte die schwache Haltung des Berliner Magistrats, die nicht scharf genug beurteilt werden könne. Die Verordnung des Reichspräsidenten dürfe nur durch ein Schlichtungsgesetz abgelöst werden.

Der linksunabhängige Arbeiter Abg. Wittenberg droht mit einem neuen Streik, falls die Maßregelung von 32 Arbeitern nicht rückgängig gemacht wird. Als der Redner gegen die Technische Nothilfe schwere Vorwürfe erhob, verwies der Reichskommissar Künzler mit anerkennenden Worten auf die großen Leistungen dieser Organisation.

Der deutsch-nationale Abgeordnete für Berlin Zaunert billigte die Ausführungen der Regierung und gab der Hoffnung Ausdruck, daß den Worten von der „starken Hand“ auch die Taten folgen.

Nach weiteren kurzen Ausführungen der Abgg. Baigand (Soz.) und Moser (Usp. rechts), der die Behauptung aufstellt, daß die Elektrizitätsarbeiter mit einem Hungerlohn von 19 000 Mark nicht auskommen könnten, wor die Interpellation erledigt. Die Abstimmung über die Anträge auf Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten wird am Dienstag stattfinden.

Die preussische Verfassung.

— Berlin, 26. November 1920.

Die dritte Lesung in der Landesversammlung.

Nach nahezu zweijähriger Lebensdauer kommt die „Verfassungsgebende“ Preussische Landesversammlung allmählich zur Erledigung ihrer Hauptaufgabe, der Vollendung des Verfassungswerkes. Auf der Tagesordnung steht heute als einziger Punkt die dritte Beratung der Verfassungsvorlage. Es liegen eine große Anzahl von Änderungsanträgen vor. Die namentliche Schlussabstimmung soll Mitte oder Ende nächster Woche stattfinden. Zunächst findet eine allgemeine Besprechung statt.

Abg. Hauschild (Soz.) stellt im Falle der Ablehnung der „Deutschnationalen Verschlechterungsanträge“ die Zustimmung seiner Partei in Aussicht. Abg. Aries lehnt im Namen der Deutschnationalen die Verfassung ab, weil sie das Mandat Preußens bricht. Der Redner verweist vor allem, daß die Erhaltung des preussischen Staatsgebietes verfassungsrechtlich nicht festgelegt ist. Abg. Meyer-Frankfurt (Dem.) bemerkt demgegenüber, daß keinerlei Abzicht bestehe, Preußen zu verschlingen. Tagesgen müsse man den Selbständigkeitsbestrebungen der verschiedenen Stämme ein Betätigungsfeld zuweisen.

Abg. Oppenhoff (Ztr.) erinnert noch einmal an die dauernde Zurücksetzung des Rheinlandes und richtet auch an die kommende Landtagsmehrheit die Bitte, sie möge den Provinzen nicht wieder eine Enttäuschung bereiten. Abg. Sohn (U. S. rechts) lehnt die Verfassung ab, da sie längst überholt sei. Alsdann weist der Minister des Innern Severing einige Vorwürfe zurück, die ihm wegen seiner Haltung in der Autonomiefrage gemacht worden sind.

Abg. Leidig (D. Sp.) macht die Haltung seiner Partei von dem Schicksal ihrer Anträge ab. An der Spitze des Staats müsse ein Staatspräsident, der aus der Wahl des ganzen Volkes hervorgehen müsse. Abg. Adolf Hoffmann (U. S. links) will von dem „traurigen

„Spinnweb“ nichts wissen.

Damit schließt die allgemeine Aussprache.

In der Einzelberatung wird ein Antrag der Rechten auf Einführung eines Staatspräsidenten abgelehnt. Die Bestimmung, nach der das Wahlrecht für die Soldaten ruht, wird gegen die beiden Rechtsparteien gestrichen. Für die Auflösung des Landtages wird gegen die drei sozialdemokratischen Gruppen folgende Bestimmung festgelegt: Die Auflösung erfolgt durch eigenen Beschluß oder durch der Beschluß eines aus dem Ministerpräsidenten, den Landtagspräsidenten und dem Präsidenten des Staatsrats bestehenden Ausschusses oder durch Volksentscheid.

Am Dienstag will man die Beratung beenden und auch die namentliche Schlussabstimmung vornehmen. An demselben Tage wird auch über das Kirchenaustrittsgesetz namentlich abgestimmt.

Sonnabend 12 Uhr: Haushalt, Anträge.

— Berlin, 27. November.

Minister Stegerwald über die Wohnungsnot.

Das Haus genehmigte heute zunächst unter dem Protest der sozialistischen Parteien die Einleitung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Schulz-Kiel (Soz.), dem vorgeworfen ist, sein Amt als Ernährungskommissar und Leiter der Provinzialbekleidungsstelle für Schleswig-Holstein mißbraucht zu haben, um sich zu bereichern.

Bei der zweiten Lesung des Haushalts für Volkswohlfahrt hielt Minister Stegerwald zum Kapitel Wohlfahrtsministerium eine längere Rede über die Wohnungsnot. Dieser traurigen Folgeerscheinung des Krieges kann nur durch bessere Ausnutzung der vorhandenen Wohnungen und durch vermehrte Bautätigkeit begegnet werden. Luxuswohnungen müssen beschränkt werden. Die Zwangsquartierung darf aber nicht so rigoros erfolgen, daß das Familienleben allzu sehr beeinträchtigt wird. Unter Verwendung der Baukostenzuschüsse von 14 Milliarden wurden 1919 60 000 Wohnungen in Angriff genommen, aber nur 30 000 konnten fertiggestellt werden. Auch künftig werden wir ohne Teuerungszuschüsse nicht auskommen. Die Finanzminister des Reiches und der Länder können aber die Milliardenmittel nicht mehr zur Verfügung stellen. Deshalb kommt in Frage, ob durch eine Mietssteuer oder durch eine Grundsteuer geholfen werden kann. Der Ruhrverband hat schon erhebliche praktische Erfolge gehabt. Bisher hat er 3500 Wohnungen für Bergarbeiter geschaffen. Die Notlage der Hausbesitzer ist allgemein, auch in Ländern ohne Höchstmietenverordnungen. Ich wünsche nicht, daß die Hausbesitzer in Spekulationen eintreten. Daran halte ich fest. Auf der anderen Seite können die Hausbesitzer und Hypothekenbanken in dieser Zeit der Volksverarmung nicht verlangen, daß ihnen ein unverdienter Wertzuwachs zufließt. Die Ausführung der Höchstmietenverordnung liegt bei den Mieteinigungsämtern, die pflichtgemäß allen Schwierigkeiten zum Trotz die gesetzlichen Vorschriften zur Durchführung bringen müssen. (Sehr richtig!)

Was die Volksgesundheit anbelangt,

so ist eine erfreuliche Abnahme der Säuglingssterblichkeit im industriellen Westen wie im agrarischen Osten festzustellen. Immerhin ist die Zahl der Todesfälle im letzten Jahre noch wesentlich höher als vor dem Kriege. Erschreckend sind die Ergebnisse einer Untersuchung in einer Berliner Gemeindeschule. Hier ist festgestellt worden, daß von 650 Schülern und Schülerinnen nicht weniger als 118 tuberkulös waren. 45 starben im Laufe des Jahres an Entbehrungen, eine ganze Anzahl konnte wegen der Verarmung der Eltern nicht einmal die antiseptisch gelieferten Lebensmittel erhalten. Angesichts dieser Zustände habe ich es für notwendig gehalten, das Auswärtige Amt mit umfangreichem Material zu versehen, um es zum erfolgreichen Kampf

gegen die Ablieferung der Milchkuhe

zu befähigen. (Bravo!) Eingehende Aufmerksamkeit ist der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten im Anschluß an die Heeresauflösung gewidmet worden. Ebenso ist die Schulgesundheitspflege ausgebaut worden. Um die Einschleppung von Krankheiten zu verhindern, sind im Einvernehmen mit den Reichsbehörden Untersuchungsmaßnahmen für solche Einwanderer getroffen worden, die es verstanden haben, sich der Kontrolle zu entziehen. Die Bekämpfung des Schleichhandels in Betäubungsmitteln, wie z. B. Opium und Kokain ist energisch in Angriff genommen worden. (Bravo!) Eine Reform bedarf vor allem auch die Fürsorgeerziehung. Wichtige Arbeit werden die demnächst zu errichtenden Jugendämter leisten. Wird die Wohlfahrtspolitik frei von jeder Parteipolitik betrieben, so ist die Staatspolitik im besten Sinne. (Beifall.)

Abg. Fagbender (Ztr.) fordert erhöhte Zuwendungen für die Wohlfahrtsanstalten. Auf der anderen Seite müsse aber dem Wohlfahrtschwandel mehr als bisher zu Leibe gegangen werden.

Abg. Dr. Schloßmann (Dem.) bezeichnet es als verkehrte Sparsamkeit und als Verbrechen, wenn bei den Ausgaben für die Volksgesundheit gespart wird. Für die Zwecke der Wohlfahrt seien vor allem die Ertränisse aus der Veranlagungssteuer zu verwenden.

Der Sprecher der unangewiesenen Dr. Wegner verlangt Bereitstellung genügender Mittel für die Bekämpfung der Tuberkulose.

Frau Abg. Voelkmann (D. Sp.) wiederholt die Bitte, die weiblichen Angestellten der Gewerbeaufsicht und nicht der Polizeiaufsicht zu unterstellen. Die Rednerin tritt weiter ein für die Einstellung von Frauen in die Regierungsämter.

Minister Stegerwald teilt sofort mit, daß eine vermehrte Berücksichtigung der Frauen im Gange sei.

Hierauf wird die Beratung abgebrochen. Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Montag.

Der Verkehr durch den Korridor.

Die deutsch-polnischen Abmachungen in Paris.

Die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen, die am 22. November in Paris wieder aufgenommen worden sind, haben, wie die „Voss. Ztg.“ erfährt, bisher folgende Ergebnisse gezeitigt:

a) Eisenbahnverkehr. Polen gewährt Deutschland die Transitschiffahrt auf folgenden Linien: 1. Schneidemühl-Bromberg-Thorn-Dt.-Ehlan; 2. Westpreußen-Thorn-Dt.-Ehlan; 3. Kowitz-Biala-Thorn-Dt.-Ehlan; 4. Biala-Polen-Inowrazlaw-Dt.-Ehlan; 5. Krotoschin-Breslau-Dt.-Ehlan. Deutschland gewährt Polen die Transitschiffahrt auf den Linien: 1. Gornsee-Marienburg; 2. Dt.-Ehlan-Marienburg.

b) Post-, Telegraphen- und Telefonverkehr. Polen gestattet die Durchfuhr der deutschen Post in deutschen Postwagen auf den Linien, welche für den Transitverkehr freigegeben sind.

c) Zölle. Jede Transitschiffahrt ist zollfrei. Aus den Häfen ist, um die polnischen Zollrechte zu wahren, ein Aussteigen auf den Stationen nicht gestattet; ebenfalls nicht ein Ausladen von Waren bei Transitschiffahrt.

d) Wasser-, Transitverkehr. Polen gewährt Deutschland das Transitrecht auf der Rega, dem Bromberger Kanal und der Weichsel bis zur Rogatnabundung. Deutschland unterstützt Polen durch Lieferung von Lokomotiven und übernimmt die notwendigen Reparaturen derselben. Außerdem stehen noch 25 weitere polnische Anträge zur Diskussion.

Die neuen Wirtschaftsverhandlungen zwischen der Freien Stadt Danzig und der Republik Polen haben in Danzig begonnen. Diese Verhandlungen haben ihre Grundlage in der abgeschlossenen Konvention, die den Polen die Verpflichtung auferlegt, die Freie Stadt Danzig nach jeder Richtung hin mit Nahrungsmitteln zu versorgen.

Am König Konstantin.

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und England.

Der französische Ministerpräsident Pehgues ist am Donnerstagabend in London eingetroffen, wo er mit Lloyd George die griechische Frage und im Zusammenhang damit das gesamte Orientprogramm besprechen will. Auch der Italiener Giolitti und Benizelos werden in London erwartet.

Schon vor seiner Abreise hat Pehgues durch eine halbamtliche Erklärung der Welt verkünden lassen, daß er mit einer gemeinsamen Ablehnung Konstantins sowohl durch die englische wie durch die französische Regierung rechnet. Kaum war diese Erklärung in London bekannt, da erstellte die englische Regierung sofort in den „Times“ die Absage. In einer offiziellen Erklärung wird dargelegt, daß die englische Regierung sich über ihr Verhältnis zu Griechenland erst in einigen Tagen nach den Verhandlungen mit dem französischen Ministerpräsidenten endgültig aussprechen kann, sie fügt aber als Meinung des „Foreign-Office“ hinzu, daß der Rückkehr des Königs Konstantin kein Hindernis in den Weg gelegt werden solle, falls das griechische Volk sich für sie ausspreche. Gleichzeitig müsse aber der neuen Regierung klar gemacht werden, daß sie nicht dieselbe Unterstützung, wie sie Benizelos genossen hat, erwarten könne.

Trotz dieser eindeutigen Ablehnung des französischen Vorschlags hat Pehgues seine Reise nach London nicht aufgegeben. Zweifellos will Frankreich die Vorgänge in Griechenland benutzen, um eine Aussprache über das ganze Friedensproblem im Orient herbeizuführen, mit anderen Worten, Frankreich will durch eine Revision des türkischen Friedensvertrages die alte Selbstständigkeit der Türkei wiederherstellen und auf diese Weise seinen eigenen Einfluß im Orient wieder stärken. Ob Lloyd George dazu seine Hand bieten wird, mag bei dem alten englisch-französischen Interessengegensatz mehr als zweifelhaft erscheinen.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 27. November 1920.

— Der Wirtschaftsausschuß des Reichstags beschloß die Freigabe für Benzol bei Beibehaltung der Zwangsversteigerung für Benzol.

— Nach dem Vergleich vom 22. Januar 1920, der jetzt von der Landesversammlung genehmigt werden soll, ist für den Kronprinzen und seine Gemahlin nur der für sie beide erbaute und nach der Kronprinzessin benannte „Cäcilienhof“, nicht aber auch Homburg und das Marmorpalais bestimmt.

— Der Reichsfinanzminister hat dem Reichstage den angeforderten Gesetzentwurf zur Ergänzung und Regelung der Bezüge der Rentniere und Hinterbliebenen zugehen lassen.

— Der deutsche Botschafter in Paris, Dr. Meyer, ist zu kurzem Aufenthalt in Berlin eingetroffen.

— Als Nachfolger des zum diplomatischen Vertreter der Kurie beim Deutschen Reich ernannten bisherigen Nuntius in München, Monfr. Pacelli, ist der Nuntius in Buenos-Aires, Basilio di Correggio, angetreten.

— Die Bremer Bürgerschaft hat den Antrag der Unabhängigen auf Auflösung der Stadtwehr gegen die Stimmen der Rechtspartei und der Demokraten angenommen.

— Dr. v. Nahr in der Reichshauptstadt. Der bayerische Ministerpräsident Dr. v. Nahr ist im Laufe des Donnerstag in der Reichshauptstadt eingetroffen, um eine Einigung mit der Reichsregierung in der Einwohnerwehrfrage zu erzielen. Er suchte den Reichsaussenminister Dr. Simons und später den Reichskanzler auf. Der Reichskanzler gab ihm zu Ehren Freitag nachmittag einen Tee, an dem u. a. auch der Reichswirtschaftskommissar Dr. Peters teilnahm.

Der bayerische Ministerpräsident in Berlin. Der bayerische Ministerpräsident von Nahr hatte während seines Aufenthalts in Berlin Gelegenheit, über die ihn bewegenden Fragen mit allen hierfür in Betracht kommenden Persönlichkeiten zu sprechen. Am Donnerstag hatte er dem englischen Botschafter Lord Almaron und dem General Malcolm, am Freitag dem General Rollet einen Besuch abgestattet. Im Laufe des Tages besprach er sich mit verschiedenen Parteiführern des Reichstags, am Abend fand eine Konferenz in der Reichskanzlei statt, an der außer dem bayerischen Ministerpräsidenten u. a. der Reichskanzler Gehrenbach, der deutsche Botschafter in Paris Dr. Meyer, der Minister des Auswärtigen Dr. Simons und der Entwaffnungskommissar Dr. Peters teilnahmen. Es ist zu hoffen, daß die eingehende gegenseitige Aussprache zwischen dem bayerischen Ministerpräsidenten und den zuständigen Persönlichkeiten des Reichs das schwierige Problem der Einwohnerwehren, das in der letzten Zeit die Öffentlichkeit in so hohem Maße beschäftigt hat, einer baldigen befriedigenden Lösung entgegengeführt wird. — Der Landesverband Bayern des Hanf-Bundes hat an das bayerische Ministerium eine Rundgebung gerichtet, in der die dringende Bitte ausgesprochen wird an der Erhaltung der Einwohnerwehren auf weiterhin mit aller Entschiedenheit festzuhalten.

— Zentrum und christliche Gewerkschaften. In die Rede des preussischen Wohlfahrtsministers Stegerwald auf dem Kongress der christlichen Gewerkschaften in Essen sind mancherlei Kommentare angeknüpft worden, die von einer Spaltung der Zentrums- und der Gründung einer neuen nationalen Arbeiterpartei wussten. Das Berliner Organ des Zentrums die „Germania“, glaubt demgegenüber versichern zu können, daß eine Loslösung vom Zentrum etwa durch Gründung einer neuen Partei, von keiner Seite beabsichtigt werde. Das Blatt teilt weiter mit, daß bei der Tagung des Landesausschusses der preussischen Zentrums- und der christlichen Gewerkschaften am 12. und 13. Dezember die Angelegenheit für Preußen werde erörtert werden. Gleichfalls sei darauf aufmerksam zu machen, daß vom Reichsausschuß der Zentrums- und der christlichen Gewerkschaften eine Kommission zur erneuten Durchführung und Ausgestaltung des Zentrumsprogramms eingesetzt worden sei. Die Beratungen dieses Ausschusses würden sich voraussichtlich ebenfalls auf diese Frage erstrecken. Das Ergebnis der Beratungen solle dann dem zweiten Reichsparteitag des Zentrums vorgelegt werden, der in einigen Monaten stattfinden dürfte.

— Annahme der preussischen Verfassung. Die Preussische Landesversammlung hat am Freitag die entscheidenden Bestimmungen des Verfassungsentwurfs in dritter Lesung angenommen. Die Uebergangs- und Schlußbestimmungen sollen am Dienstag erledigt werden. Aus dem Inhalt der neuen Verfassung sind besonders hervorzuheben die Bestimmungen über den Staatsrat. Er geht hervor aus den Provinzen und wählt die Provinziallandtage für je 500 000 Einwohner einen Vertreter in den Staatsrat. Dieser hat das Recht, vom Landtag beschlossenen Gesetze zu beanstanden oder eine Volksabstimmung über die Landtagsauflösung herbeizuführen. Hält der Landtag einen beanstandeten Beschluß mit Zweidrittelmehrheit aufrecht, so wird er ohne weiteres Gesetz. Ergibt sich im Landtag bei der wiederholten Abstimmung nur eine einfache Mehrheit, so muß er, wenn er den Widerstand des Staatsrates brechen will, eine Volksabstimmung herbeizuführen. Der Staatsrat tritt erst in Kraft, wenn Neuwahlen zu dem Provinziallandtag nach dem neuen Gesetz durchgeführt sind. Auch zu den Kreis tagen wird gleichzeitig das direkte und gleiche Wahlrecht eingeführt.

— Die Notenpresse bleibt weiter in Bewegung. Der Reichsrat erklärte sich in seiner letzten Sitzung mit der Erhöhung des Höchstbetrages der Darlehenslastenscheine auf 50 Milliarden Mark einverstanden. Der Berichterstatter bemerkte dazu, eine Ablehnung der Vorlage wäre ein falsches Mittel, um die Papierflut zu bekämpfen. Das Reich sei fortwährend genötigt, seine schwebende Schuld zu erhöhen. Erst durch Herstellung des Gleichgewichts im Etat werde sich eine fundierte Anleihe und damit ein Wiederabbau der Notenschatz ermöglichen lassen. Ein Abkühlen werde auch dann zu erwarten sein, wenn das Hamstern von Banknoten wieder verschwinde, das jetzt in großem Umfang betrieben werde. In den letzten Tagen, sagte der Referent, sind erfreulicherweise Anzeichen einer Besserung hervorgetreten, indem sehr erhebliche Beträge von Papiergeld an die Reichsbank zurückgefloßen sind. Allerdings sind immer noch für ungefähr 75 Milliarden Mark Zahlungsmittel im Umlauf. — Eine Vorlage über die Prägung von weiteren 20 Millionen Mark in Zehnfrankstücken aus Zink, ferner der Entwurf einer Verordnung betr. Genehmigung des Aufrufs und der Einziehung der Reichsbanknoten zu 50 Mark vom 30. November 1918 wurden den Ausschüssen überwiesen.

— Die Schlösser des Kronprinzen. Der Rechtsausschuß der preussischen Landesversammlung setzte seine Beratungen über die den Hohenzollern zu überweisenden Grundstücke fort. Für das Behen des Landes wurde von den Sozialdemokraten verlangt, daß es an den Staat zurückfalle, da nach der Stiftungsurkunde das Behen nur zur Versorgung des jeweiligen Kronprinzen bestimmt sei. Es stehe ein Grundstück im Umfang von 10 000 Hektar mit einem Friedenswert von sechs Millionen Mark in Frage. Der Vertreter des Justizministeriums trat den vorgebrachten Gründen entgegen. Der Kronprinz verliere das Behen nur dann, wenn er König werde, aber nicht, wenn er nicht mehr Kronprinz sei. Auch die Justizminister Heine und Rosenfeld hätten sich in diesem Sinne in einem Schreiben an das Hausministerium ausgesprochen. Außerdem dem Kronprinzen zugewiesenen Schlössern werden ihm Homburg und das Marmorpalais als Wohnsitz für Lebenszeit zugewiesen. Abg. Heilmann (Soz.) führte aus, daß man besondere Lieblingswünsche nicht hartnäckig ablehnen solle, daß aber diese Lebenszeitrechte wie eine Einladung zu späterer Rückkehr ausfallen.

— Die Dieselmotoren. Die deutsche Regierung bezieht, wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ hört, eine Antwort auf die Note der Botschafterkonferenz in der Angelegenheit der Dieselmotoren vor, die in einigen Tagen abgehen wird. Es haben deswegen bereits eingehende Besprechungen zwischen dem Auswärtigen Amt, dem Reichswirtschaftsministerium und den Kreisen der Industrie stattgefunden. Die Botschafterkonferenz hat

in ihrer Note unter Aufrechterhaltung ihres grundsätzlichen Standpunktes für die Ueberführung der U-Boot-Dieselmotoren in die deutsche Industrie eine Frist bis zum 31. März 1921 gesetzt. Es ist anzunehmen, daß sich die Antwortnote der deutschen Regierung mit diesem Ausmaß zufrieden geben wird.

Rundschau im Auslande.

— Die Warschauer Regierung protestiert in einer nach Moskau gerichteten Note gegen die Verschleppung der Rigaer Friedensverhandlungen durch die bolschewistische Delegation.

— Der Völkerbund hat die Aufnahme des Fürstentums Riechtenstein wegen seiner geringen territorialen Bedeutung abgelehnt.

— In der Unterkommission des Völkerbundes wurde über die Aufnahme Deutsch-Oesterreichs eine Einigung erzielt.

— Nach Meldungen aus Belgrad werden General Brangel und ein Teil der Militär- und Zivilflüchtlinge aus der Krim nach Südrussland kommen.

— Nach einer Meldung aus New York sind alle, die während des Krieges verurteilt wurden, weil sie aus Gewissensbedenken keinen Militärdienst leisten wollten, nach zweijähriger Haft entlassen worden.

— In Chile kam es an zahlreichen Orten zwischen Bergarbeitern und Militär zu schweren Zusammenstößen.

Locales und Provinzielles.

— § Weisenheim, 30. Nov. Im Laufe dieser Woche kommt an die Einwohnerschaft aus ausländischem Weizen gemahltes Mehl zur Verteilung. Da bereits seit einigen Wochen regelmäßig die Verteilung stattfinden sollte, das Mehl aber nicht eintraf, wird diesmal auf jeden Kopf der Bevölkerung 800 Gramm zur Verteilung gelangen. Der Preis stellt sich auf M. 5.— für das Pfund.

— § Weisenheim, 30. Nov. Gestern Morgen gegen 5 Uhr geriet auf hiesiger Station ein Waggon mit Heu beladen in Brand. Ein Schlauchwagen der freiwilligen Feuerwehr nahm die Abloschung vor. Das Heu ist vollständig verbrannt.

— Weisenheim, 30. Nov. Auf den evang. Gemeindeabend, der morgen Mittwoch Abend um 8 Uhr im kleinen Saal des „Deutschen Hauses“ stattfindet, wird hiermit noch einmal besonders aufmerksam gemacht. Da um 10 Uhr Polizeistunde ist, muß die Anfangsstunde genau eingehalten werden. Die evang. Gemeindeglieder werden gebeten recht pünktlich erscheinen zu wollen.

— Weisenheim, 30. Nov. Den Reigen der dieswintlichen Vereinsfestlichkeiten beschließt der hiesige Gesangsverein „Liederkreis“ mit seiner am 16. Januar 1921 im „Deutschen Hause“ stattfindenden Weihnachtsfeier, bestehend in Konzert mit Theateraufführung. Abends schließt sich ein Ball mit Tombola an. Näheres in späteren Anzeigen. — Von heute ab ist im Schaufenster des Herrn Martin Simon, Behlstraße eine wertvolle 16teil. Küchengarnitur zur gest. Aufsicht aufgestellt, die gelegentlich der oben erwähnten „Liederkreis“-Veranstaltung demjenigen zugesprochen werden soll, der die betr. Nummerkarte besitzt. Die am Abend gen. Tages getrennt stattfindende Tombola erfährt hierdurch eine willkommene, wertvolle Bereicherung. Tombolafarben für obige Garnitur sind bei Herrn Martin Simon, Zigartengeschäft, sowie bei allen aktiven Mitgliedern zu haben.

— Weisenheim, 29. Nov. Gestern veranstaltete der Gesangsverein „Cäcilie“ eine Musikaufführung unter Mitwirkung des Konzertängers Herrn M. Kremer und eines Künstler-Quintetts. Unter Herrn Wolfs Leitung entledigte sich das Quintett seiner Aufgabe unter reichem Beifall der Zuhörer. Das Zusammenspiel zeigte erfreuliche Klarheit und stellenweise große Ausdrucksfähigkeit. Besonders gefiel das Largo von Beethoven. Wir hätten sehr gewünscht, wenn dieser große rheinische Meister, dessen 150. Geburtstag die musikalische Welt am 17. Dezember d. Js. begeht, ausgiebiger zu Wort gekommen wäre. Auf Nr. 11 des Programms hätte man dann sehr gut verzichten können. Der jugendliche Sänger Herr M. Kremer, ein Schüler des Herrn Prof. Fahr, am Spangenberg'schen Konservatorium in Wiesbaden trat bei diesem Konzert zum ersten Male in seiner Vaterstadt auf. Von seinen Darbietungen gefielen besonders „Zuversicht“ und „Rheinlied“. Das Publikum dankte durch lebhaften Beifall, von dem Verein wurde ihm ein Lorbeerzweig überreicht. Wir wünschen dem jungen Künstler auf seiner Laufbahn weiteren Erfolg. Die Männerchöre, die der Cäcilienverein zum Vortrag brachte, waren durchweg gut gelungen. Durch besondere Schwierigkeiten zeichneten sich aus das „Morgenlied“ von Rieg und die „Abloschung“ von Hutter. Gerade diese Komposition, bot reiche Stimmungsmaterie und verriet in der Auffassung den feinführenden Dirigenten und in der Art der Darbietung den wohlgeschulten Chor, der über prächtiges Stimmmaterial verfügt. Der Gesangsverein Cäcilie kann auf einen wohl gelungenen Abend zurückblicken.

— Ahmannshausen, 29. Nov. Das bekannte „Hotel Culberg“ ist dieser Tage zum Preise von 300 000 Mk. an den Weingroßhändler Josef Goetz in Lorch verkauft worden.

— Lorch, 29. Nov. Infolge der andauernden Trockenheit haben die benachbarten Höhenorte außerordentlich unter dem Wassermangel zu leiden. Das Wasser muß oft weite Strecken aus den Tälern geholt werden. Auch die Wasserleitung in Lorch liefert schon seit einiger Zeit nur ungenügende Wassermengen.

— Caub, 29. Nov. Der Tod im Rhein. Ein Opfer seines Berufes ist der Steuermann Ludwig Kirdorf von hier geworden. An Bord eines Schiffes auf der Fahrt nach Bingen begriffen, glitt er plötzlich infolge Eises aus und stürzte unweit Niederheimbach in den Rhein. Vergeblich suchte er sich durch Schwimmen zu retten, trieb ab und ehe man ihm Hilfe bringen konnte, war er in den Wellen verschwunden.

— Frankfurt a. M., 26. Nov. Der seltene Fall, daß ein Wohlthäter selbst der Armenpflege zur Last fällt, ist hier eingetreten. Ein schon bejahrter Herr vermachte der Stadt vor dem Kriege 330 000 Mk. zur Unterhaltung schwangerer Mädchen unter der Bedingung, daß ihm ein bestimmter Prozentsatz zu seinem Lebensunterhalt auf Lebenszeit gewährt werde. Durch die Teuerung ist der Herr nun nicht mehr in der Lage, seinen Lebensunterhalt zu bestreiten

und die Stadt muß den Wohlthäter nun ihrerseits unter-
stützen, wenn der nicht mehr arbeitsfähige Mann nicht elend
zugrunde gehen soll. Ein kleiner Beitrag zum Kapitel „Not
der Kleintierner“.

Aus Stadt und Land.

Der Krankenlager der Kaiserin. Die behan-
delnden Ärzte Professor Gehrmann und Wandenberg
aus Utrecht und der Leibarzt der früheren Kaiserin
Dr. Stachner gaben über den Zustand der Kaiserin
folgenden Krankenbericht: „Der Zustand ist wegen des
zunehmenden Herzleidens ernst, aber die direkte Ge-
sundung ist seit einigen Tagen eingetreten, wodurch die
frühere Kaiserin ihre Familienmitglieder an ihrem
Krankenbett sehen konnte.“ Der frühere Kronprinz
ist wieder nach Beringen abgereist. Sein Bruder Mal-
bert und seine Gemahlin begleiteten ihn nach der Insel,
von wo sie nach Deutschland zurückkehrten. Die Prin-
zen August Wilhelm und Eitel Friedrich werden noch
in Schloß Doorn erwartet.

Der Brand des Schlosses Burg an der Wupper
konnte auf das Hauptgebäude beschränkt werden. Das
Dachschloß, in welchem das bergische Landes-
museum mit seinen reichen und unersetzlichen Kunst-
schätzen untergebracht war, ist bis auf das Mauerwerk
des Rittersaales vollständig zerstört worden. Von
den Kunstschätzen des Museums konnten nur sehr
wenig gerettet werden, da der Brand schon sehr weit
vorgegriffen war, als er bemerkt wurde. Die Decke
des Rittersaales ist durchgebrannt, und die Wände mit
den großen Gemälden haben durch das Feuer sowie
durch herabstürzende Balken und Steine erheblich ge-
litten. Ueber die Ursache des Brandes ist noch nichts
Zuverlässiges ermittelt worden. Der Bergfried und
die Wehrgänge, die etwas abseits liegen, sind von dem
Feuer verschont geblieben, auch die Schloßkapelle litt
keinen Schaden. Das Schloß war in den letzten dreißig
Jahren durch den Schlossbauverein von dem Schutt
und den Trümmern wieder aufgebaut worden. Es war
der Stammsitz des früheren Grafen von Berg und
die größte Sehenswürdigkeit des bergischen Landes, ähn-
lich wie Burg Elz an der Mosel für das Moselgebiet.

Eine feine Einquartierung. Bei einem Ein-
bruch in München in der Wohnung eines vertriehenen
Obersten a. D. wurden im September Teppiche, Silber-
gegenstände und goldene Schmuckstücke im Werte von einer
Million Mark gestohlen. Die vier Täter, darunter
eine Witwe, die bei dem Obersten zwangsweise ein-
quartiert war, sind jetzt verhaftet. Ein Teil der Beute,
die nach Berlin verschoben worden war, ist wieder
herbeigeschafft.

Schwerer Mangel an weißer und schwarzer Kohle.
Durch die anhaltende Trockenheit ist die Versorgung
Südbayerns mit elektrischer Kraft in eine schwierige
Lage versetzt worden. Die südbayerischen Flußläufe
weisen einen Wassermangel auf, wie er seit 30 Jah-
ren nicht zu verzeichnen war. Da im Gebirge fast
kein Schnee vorhanden ist und die Haupttrodenperiode
noch bevorsteht, wird sich die Produktion in den nächsten
Monaten noch kritischer gestalten. Die Wasserkrafts der
Elektrizitätswerke sind bis auf ein Drittel der nor-
malen Leistung zurückgegangen und die fehlende Energie-
menge muß durch Kohle ersetzt werden, deren Anfuhr
durch die allgemeine Kohlennot, durch den gegenwärtig
herrschenden Waggomangel und das Versagen der
Rhein- und Mainischiffahrt fast gänzlich unterbunden ist.
Die geringen Kohlenvorräte werden in aller kürzester
Zeit aufgebraucht sein.

Eine Pulverfabrik in die Luft geflogen. In
Bergiate bei Mailand ist die große Pulverfabrik samt
den Armeemunitionslagern unter gewaltigen Detona-
tionen in die Luft geflogen. Es sollen sich 40 Ar-
beiter und 30 Soldaten, die sämtlich vermisst
werden, in den zerstörten Anlagen befunden haben;
außerdem soll die Ortschaft fast vollständig zerstört
sein und in Flammen stehen.

Drei Kinder auf dem Eise eingebrochen und
ertrunken. Die beiden Kinder des Erbpächters Lütz
und der 12jährige Sohn des Lehrers Witt aus Klein-
Naden in Pommern betraten das ganz dünne Eis
der Barnow und brachen ein. Hinzukommende erwach-
sene Personen konnten infolge des stets wegbrechenden
Eises nicht sofort Hilfe leisten. Als es gelang,
die drei Kinder aus dem Wasser zu holen, waren Wie-
derbelebungsversuche bereits vergeblich.

Im niederschlesischen Metallarbeiterstreik ist am
Freitag in den Verhandlungen, die unter Vorsitz des
Vizepräsidenten der Reichsanleihe, eine Ein-
igung erzielt worden. Die Arbeiter haben eine Er-
höhung ihrer Forderungen durchgesetzt. Die Arbeit
wird am Montag wieder aufgenommen. — Der Ge-
neralstreik in Ratibor dauert unverändert an. Es ver-
sichert sich mehr und mehr der Eindruck, daß es sich
um einen Kampf der Sozialisten gegen die Gewerk-
schaften handelt. Die Garnison wurde durch franzö-
sische Kavallerie verstärkt.

Feldschütz auf dem Mont Blanc. Der Gipfel
der Kalpyramide, die den höchsten Punkt des Mont
Blanc bildet, hat sich losgelöst und eine Riesenschneelawine
verursacht, die in die Tiefe abstürzte. Felsblöcke und
Eisenermassen haben eine ganzen Tannenwald mit sich
gerissen. Die Rassen haben jedoch wie ein Wunder
vor dem italienischen Orte Courmayeur gestanden. Es wer-
den keinerlei Personenunfälle gemeldet.

Vom Krankenlager der Kaiserin. Amtlichen
Mitteilungen aus Doorn zufolge ist der Zustand der
Kaiserin nach dem Urteil der behandelnden Ärzte an-
dauernd ernst. Seit wenigen Tagen scheint zwar eine
leichte Besserung eingetreten zu sein, doch macht das
schwere Herzleiden, zu dem sich seit letzter Zeit auch
noch ein quälendes Heimgeschick gesellt, bedenkliche Fort-
schritte. Wie der „Ausreichte“ darüber mitteilt, fragt die
Kaiserin, die anhaltend matt und teilnahmslos auf
ihrem Leidenslager liegt, bei wiederkehrendem Bewußt-
sein immer häufiger nach ihren Kindern und der deut-
schen Heimat. Vor einiger Zeit, als es ihr noch
besser ging, sandte sie einen Kranz an den Sarg des
jüngsten Sohnes Joachim, mit der Aufschrift: „Auf
Wiedersehen“, und bereits vor Monaten äußerte sie
bei einem schweren Anfall ihres Leidens zu ihrer Um-
gebung: „Sorgen Sie dafür, daß ich wenigstens in
der Heimat begraben werde.“

Großfeuer in einer Dampfmühle. Das Dampf-
mühlwerk in Bielefeld bei Weimar ist nie-
dergebrannt. Gleichzeitig sind bedeutende Getreide- und

oregiovorräte verbrannt. Der Schaden beläuft sich auf
ungefähr 1½ Millionen Mark. — Das Dampfzuckerwerk
und die Rübenfabrik in Eisleben in Thüringen
sind mit sämtlichen Maschinen und großen Holzlagern
in Raub der Flammen geworden. Man vermutet
Brandstiftung.

Der vermisste Amerikaner. Vor einigen Tagen
rat der Goldarbeiter Schafe mit Familie aus Amerika
auf dem Bahnhof in Dortmund ein. In seiner Beglei-
tung befanden sich zwei Amerikaner, namens Hen-
richs und Köper, mit denen er sich auf die Woh-
nungssuche begab. Seine Familie ließ er im Warte-
saal zurück. Er ist bisher nicht zurückgekehrt. Da er
eine Million Mark deutsches Geld in einem Handkoffer
bei sich trug, liegt der Verdacht nahe, daß der Ver-
misste das Opfer eines Verbrechens geworden ist.

Die amerikanische Wohltätigkeitsaktion für
Deutschland. Die American Relief Administration für
Warehouses, durch deren Vermittlung die Deutschame-
rikaner ihren Verwandten und Freunden in Deutsch-
land wertvolle Lebensmittellieferungen zugehen lassen
können, haben einen weiteren Schritt zur Erleichter-
ung der Versorgung von Lebensmittellieferungen unter-
nommen. Von jetzt an übernehmen sie die Kosten
des Transports und der Versicherung für alle Pa-
kete, außer in den Städten, wo sich Ausgabestellen
befinden. Auf diese Weise werden Pakete, wie bis-
her, kostenlos durch die Post zugestellt, während alle
anderen Pakete ohne Fracht- und Versicherungsgebüh-
ren zur nächsten Eisenbahnstation gehen. Trotzdem
die American Relief Administration Warehouses die
Kosten der Versicherung tragen, wird diese auf den
Namen des Empfängers übertragen. In Städten mit
Ausgabestellen, wie Berlin, Dresden, Frankfurt a. M.
und Hamburg, ändert sich nichts in der Belieferung,
d. h. die Besitzer der Anweisungen sind in der Lage,
auf Verzeigung der Lebensmittelanweisung die Wa-
ren sofort in Empfang zu nehmen. Die Gesamtsahl
der bis jetzt in Deutschland ausgehändigten Pa-
kete beläuft sich auf 80 000, was in amerikanischem
Gelde einen Wert von beinahe 1½ Millionen Dollar
beträgt. Ueber 3000 Tonnen Lebensmittel sind durch
diese persönlichen Geschenke von Amerika nach Deutsch-
land gebracht worden.

Das Ende des Berliner Elektrizitätsstreiks.
Die streikenden Elektrizitätsarbeiter haben Donnerstag
nachmittag die Arbeit in vollem Umfange wieder auf-
genommen. Zwar hatte sich die Mehrheit (389 gegen
691) der Arbeiter für Fortsetzung des Streiks aus-
gesprochen. Die Betriebsräte haben jedoch den Streik
für beendet erklärt, weil nach gewerkschaftlichem Brauch
eine Dreiviertelmehrheit für die Fortsetzung eines
Streiks erforderlich ist. Auch der Straßenbahnverkehr
ist seit Freitag mittag wieder in vollem Betrieb. Die
Bezahlung der Streikstage soll von dem neuen Magistrat
gerechtfertigt werden. Gleichzeitig wird auf eine neue Ver-
teuerung des Straßenbahnfahrpreises auf 80 Pfg. und
ab 1. Januar 1921 auf eine Mark vorbereitet. —
Kaum ist der Elektrizitätsstreik zu Ende, und schon
hat Berlin wieder einen neuen Streik. Die Groß-
Berliner Portiers sind am Freitag in den schon
lange angekündigten Streik getreten. Es handelt sich
um etwa 20 000 Auszubildige. Sie verlangen einen
Monatslohn von 1000 Mark, erklären sich aber bereit,
Miete, Wohnung und Licht selbst zu bezahlen. Die
große Masse der Hausbesitzer steht den Forderungen
durchaus ablehnend gegenüber.

Neueste Nachrichten.

TU Berlin, 30. Nov. Gegen die von der Entente
verlangte Herausgabe der Luftschiffe „Bodensee“ und „Nord-
stern“ richtet sich eine Note der Reichsregierung, in der
eine Erfahrungsfrage für die in den Monaten Juni bis Juli
1919 erfolgte Zerstörung von sieben deutschen Marineluft-
schiffen abgelehnt und betont wird, daß die Entente-Regierungen,
indem sie in dem Protokoll vom 10. Januar 1920 über
die deutschen Erfahrungsleistungen die Marineluftschiffe nicht
erwähnten, die Angelegenheit als endgültig erledigt zu be-
trachten haben. Eventuell wird ein Schiedsgericht vor-
geschlagen.

TU Berlin, 30. Nov. Wie die Telegraphen-Union
erfährt, nahm gegen die Gerüchte von einem Staats-
bankrott in der Generalversammlung der Reichsanleihe
A. G. Hagenstein scharf Stellung. Er betonte, daß maß-
gebende Stellen diesem Gedanken völlig fern stehen, der
schon deswegen verwerflich wäre, weil ein Staatsbankrott
vielmehr an wirtschaftlicher Kraft vernichtete als an Zinsen
erspart werden können.

TU Cuxhaven, 30. Nov. Wegen des bekannten
Zwischenfalls in Cuxhaven, bei welchem Ententeoffiziere
belästigt wurden, hat der Reichswehrminister dem Vorstehen-
den der Interalliierten Marinekontrollkommission schriftlich
sein Bedauern ausgesprochen und Bestrafung der Schuldigen
zugelagt. Die Kontrollkommission hat in einem Schreiben
an das Auswärtige Amt vom 25. November 1920 erklärt,
sich damit nicht begnügen zu können und hat folgende Forde-
rungen gestellt. 1. Entschuldigend der deutschen Regierung.
2. Sofortige Entlassung und strenge Bestrafung des Festungs-
kommandanten. Diese Strafe soll dem Kommandanten in
Gegenwart der vier beteiligten Ententeoffiziere verkündet
werden. 3. Eingehende Untersuchung des Zwischenfalls
zwecks Verhaftung und Bestrafung der Hauptschuldigen.
4. Zahlung von 20 500 Mk. Ersatz für die beschädigten
Uniformen.

TU Berlin, 30. Nov. Der in Spandau wohnhafte
50 Jahre alte Russer Adolf Schulze wurde gestern von
der Berliner Kriminalpolizei unter dem Verdacht eine große
Anzahl Männer, Frauen und Kinder ermordet und Blut-
schande an seiner Tochter verübt zu haben, in Haft genommen.
Die ihm zur Last gelegten Verbrechen datieren bis 1898
zurück. Unter der Wucht der Beweise legte der Verhaftete
ein umfassendes Geständnis ab.

TU Paris, 30. Nov. Nach dem „Corriere della
Sera“ hat die Nachricht, daß die französischen Kriegsschiffe
Auftrag erhalten haben, die Truppen Wrangels nach Cattaro
zu bringen, großes Aufsehen erregt. Sie fand ihren Wieder-
hall in der Kammer, in der ein diesbezüglicher Anschlag
eines Abgeordneten gegen die verantwortlichen Regierungs-
stellen einstimmigen Verfall fand. Die italienische Diplo-
matie ist sofort in Aktion getreten, um die Auslieferung dieser
seltsamen russischen Kolonne an der Adria zu verhindern.



So urteilt ein
Professor:

Dr. Gentner's Schuppuh Nigrin
mit Vandyke ist in sachgemäßer
Weise aus besten Rohstoffen her-
gestellt.

Walnußkerne

prima gesunde, trockene Ware,
können zur Verarbeitung laufend
eingeliefert werden.

Geichzeitig empfehle Speiseöl
in bekannter vorzüglicher Qualität
und prima rohes Leinöl.

Oelmühle J. Kaufmann,
Lorch a. Rh. — Telefon Nr. 12.

Schafe.

Interessenten, welche noch
Schafe haben wollen, wollen
sich bis kommenden Mitt-
woch Mittag bei mir mel-
den, da ich bei genügender
Nachfrage nochmals eine
Partie trächtiger Schafe hole.
Feldpausch, Schäfer.

Weinbergs- Pfähle!

Imprägnierte u. typanisierte,
sowie auch St. Klein, 1,50,
1,75, 2 Mtr. lang. Pfähle
u. Baumstüben in allen
Längen und Dicken bis zu
4 Mtr., alles imprägniert,
billigst.

Verkauf ab Lager geg. Kasse.
E. Dillmann

vorm. Gregor Dillmann
Kirchstr. 18. Telef. 198

Frisch eingetroffen

Neueholl. Galaheringe

Kieler Bücklinge

Lachsbücklinge u.

Holländer, Tilfiter u.

Camembert-Käse

H. Süßrahm-Margarine

H. Kokosbutter

Gezuckerte u. ungezuckerte

Büchsenmilch

Alle Sorten Süßfrüchte

Obst und Gemüse.

Frau A. Rothhaupt

Marktstraße 4.

Möhl. Zimmer

zu vermieten.
Näheres in der Geschäfts-
stelle d. Ztg.

Reichshund der Kriegsbeschädigten,
ehemaligen Kriegsteilnehmer und
Kriegshinterbliebenen.

Ortsgruppe: Lehenheim-Johannisdorf.
Freitag den 3. Dezember,
abends 8 Uhr:
Vorstands-u. Komitesitzung
im Vereinslokal.

Besuchskarten
liefert schnellstens
Buchdruckerei A. Jander.

Hotel Restaurant, Cafe
Hotel zur Linde
Telefon Nr. 205.

Stenographen-Verein

„Stolze-Schrey“

Geisenheim a. Rh.

Montag und Mittwoch
Abend 7 Uhr:

Anfänger-Unterricht.

Mittwoch Abends 8½ Uhr:

Rechnungsabend

für die aktiven Mitglieder in
der Gewerkschule.

Um vollständiges Erscheinen
bittet Der Vorstand.

„Cäcilia“

Geisenheim.

Vereinslokal Andr. Ober

Mittwoch Abends 8 Uhr:

Gesangstunde.

Die Mitglieder werden ge-
beten, pünktlich und vollstän-
dig zu erscheinen.

Der Dirigent.

Gesangverein

Lieder-
kranz.

Donnerstag Abends 8 Uhr:

Gesangstunde.

Vollständiges und pünktliches
Erscheinen erforderlich.

Der Dirigent.

Freiwillige

Feuerwehr

Geisenheim.

Mittwoch, 1. Debr-
abends 8 Uhr:

Versammlung

bei Kamerad Wilhelm Reis,
„Deutsches Haus“.

Um vollständiges und pünkt-
liches Erscheinen ersucht
Das Kommando.

Turnerschaft

Geisenheim
von 1858.

Donnerstag Abends 8 Uhr:
Vorstands-u. Komitesitzung
in der Turnhalle.

Es kommen die Diplome
vom Gauwetturnen in Rades-
heim und vom Gau-Wett-
schwimmen in Niederwalluf
zur Verteilung und wird all-
seitiges Erscheinen erwartet.
Der Vorsitzende.

F. I. Geisenheimer

Fußballverein 1908

Heute Abends 8 Uhr:
Spieleausführung-Sitzung
im goldenen Anker
Der Vorstand.

Wir bringen den Beweis, daß wir in der Lage sind, den Einkauf für den Weihnachts-Bedarf

leicht zu gestalten.

Wir haben uns entschlossen, trotz der heutigen großen Preissteigerungen,
unsere großen Bestände in sämtlichen Abteilungen, wie:

**Manufakturwaren: Wollwaren: Trikotagen: Damenwäsche: Korsetts
Handschuhe und Strümpfe: Herrenwäsche: Kragen und Kravatten
Taschentücher: Tapissieriewaren: Spitzen u. Besätze: Kurzwaren usw.**

die schon jetzt außergewöhnlich billig kalkuliert sind

ganz bedeutend im Preise zu ermäßigen.

Ueberzeugen Sie sich

von der Reichhaltigkeit unserer Auswahl bei fabelhaft billigen Preisen.

Sehenswert ist unsere grosszügig angelegte



Spielwaren - Ausstellung

Unerreicht die Vorteile, die wir bieten.

Hermann Schmoller & Co. Inhaber: **Bingen** Markt.
Siegfried Franken,

Aufruf!

Wie in den Tageszeitungen schon des öfteren bekannt gegeben worden, hat sich zur Linderung und Abwehr der erschreckenden Not unter den Kindern, die

Deutsche Kinderhilfe

Volksammlung für das notleidende Kind
im ganzen Deutschen Reiche gebildet.

Kinder in Not!

Es bedarf wohl keiner besonderen Erwähnung mehr, wieviel Elend und welche Entbehrungen unsere Kleinen durchmachen mußten und was ihnen ohne tatkräftiges Eingreifen der Allgemeinheit noch bevorstehen wird.

Der unterzeichnete Ortsausschuß richtet an alle Einwohner die herzliche Bitte, durch Einzeichnung eines Beitrages in die in den nächsten Tagen in Umlauf gelangenden Haus-Sammellisten das segensreiche Werk nach besten Kräften zu unterstützen.

Geisenheim, den 29. November 1920.

Der Ortsausschuß der Deutschen Kinderhilfe.

Für den Magistrat!

Stahl, Bürgermeister.

Stähler, katholischer Pfarrer.

Für den Vaterländischen Frauenverein:

Frau Dr. Keller.

Für den Katholischen Frauenbund:

Frau Maria Weis.

Für die Ortsgruppe des Reichsbundes der

Kriegsbeschädigten und -Hinterbliebenen:

Josef Daniel.

Für die Wohlfahrtskommission:

Ainauf, Vorsitzender.

Thiel, evangelischer Pfarrer.

Für den Verein für arme Kranke:

Gräfin von Ingelheim.

Für die evangelische Frauenhilfe:

Frau Pfarrer Thiel

Für das Gewerkschafts-Kartell:

Franz Thiele.



Heute früh 5 1/2 Uhr entschlief ganz plötzlich und unerwartet, infolge Herzlähmung, meine liebe Frau, die gute Mutter meines Kindes, unsere liebe Tochter, Schwester, Schwiegertochter, Schwägerin und Tante

Frau Karl Vollmer

Christine geb. Morlock

im eben vollendeten 41. Lebensjahre.

Um stille Teilnahme bittet

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:

Karl Vollmer und Kind.

Geisenheim, Hattersheim, Wiesbaden, Frankfurt a. M., Köln,
den 29. November 1920.

Die Beerdigung findet am Mittwoch Nachmittag um 4 Uhr vom Sterbehause, Zollstrasse 1 aus statt; das Exequienamt am Donnerstag früh 7 1/2 Uhr.

Evangelische Gemeinde Geisenheim-Johannisberg.

Mittwoch den 1. Dezember, abends 8 Uhr:

Evangelischer Gemeinde-Abend

im kleinen Saal des „Deutschen Hauses“.

Vortrag des Herrn Pfarrer Dapper aus Blesbach:

„Protestantische Not u. evangel. Hilfe“

Klavier- und Violinvorträge. — Die evangelischen Gemeindeglieder werden um recht zahlreiche Beteiligung gebeten.

Jeder sein eigener Tischler!

Verl. gratis Prospekt über mein Hauswerkzeug

Haushalt-Tisch-Hobelbank 4000 im Gebrauch

Paßt a. jed. Tisch. Unw. Onigkeit Leipzig 72, Mollstr. 57.

Besten Erfolg

haben Inserate jederzeit in der
Geisenheimer Zeitung (20. Jahrg.)
Exp.: Winkler Landstrasse 53
Fernsprech-Anschluss Nr. 123.

Für die bei unserer Vermählung erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen wir unseren herzlichsten Dank. Besonderen Dank der Turnerschaft 1858, dem Fußballklub, sowie dem Cäcilienverein für den schönen Gesang.

Jakob Jssinger u. Frau
Rosa, geb. Rückert.

Geisenheim, den 30. Nov. 1920.

Nau & Bollenbach, Bingen

Rathausstraße 15 — Fernsprecher 505
empfehlen alle

Kellerei-Maschinen, Geräte und Bedarfsartikel
wie Pumpen, Filter, Schläuche, Korken, Kapseln,
Kork- und Kapselmaschinen, Fassalg, Fasskitt,
Hausenblase, Gelatine, Spunden, Spundlappen,
Fassbleche, Fass- und Flaschenbürsten, Filtriermaterial etc.

Bekanntmachung.

Mittwoch den 1. Dezember, vormittags von 10 bis 12 Uhr, kommen im Lagerhause an der alten Schule (Hollstraße)

Ackerbohnen

das Pfund zu Mk. 1.— zum Verkauf. Bezugsscheine werden von 10—11 Uhr im Wirtschaftsamt ausgegeben.

Donnerstag den 2. Dezember kommen im Lager bei Frau Meurer (Behlstraße) von vormittags 8 1/2 bis 11 1/2 Uhr und nachmittags von 1 1/2 bis 4 Uhr

Kleie

für die Biegenhalter zum Preis von 40 Pfg. je Pfd. zum Verkauf. Auf eine Biege entfallen 10 Pfund. Bezugsscheine werden von 8—12 Uhr im Wirtschaftsamt ausgegeben.

Es ist noch eine Anzahl

Raninchenfallen

vorrätig, die zu Mk. 7.50 das Stück im Wirtschaftsamt abgegeben werden.

Geisenheim, den 29. November 1920.

Der Magistrat.

Drucksachen liefert schnellstens
die Buchdruckerei
Arthur Jander.